

Medien-Information

7. Oktober 2014

Landesregierung beschließt Änderung der Geschäftsverteilung

KIEL. Die Landesregierung hat in der heutigen (7. Oktober) Sitzung in Kiel eine Änderung ihrer Organisation beschlossen. Damit wurden die in den vergangenen Wochen angekündigten Veränderungen der Zuschnitte der Ministerien formell in die Geschäftsverteilung der Landesregierung übernommen.

„Mit den personellen und organisatorischen Änderungen der vergangenen Wochen geht die Landesregierung gestärkt in die zweite Halbzeit der Legislaturperiode. Das Ergebnis unseres Abstimmungsprozesses ist, dass wir in wichtigen Bereichen der Landespolitik wie dem Berufseinstieg junger Menschen, der Sanierung des Universitätsklinikums und der Meerespolitik noch besser aufgestellt sind als zuvor“, sagte Ministerpräsident Torsten Albig.

In die organisatorischen Änderungen fließen die Erfahrungen nach nunmehr zwei Jahren an der Landesregierung ein. So werde künftig die Abstimmung der Ressorts an den Schnittstellen zwischen Schule, beruflicher Bildung, Wirtschaft und Wissenschaft durch eine stärkere Koordinierung weiter verbessert. „Wir stehen für eine Politik aus einem Guss, die sich an den Menschen und ihren Bedürfnissen orientiert und nicht an den Zuständigkeiten einzelner Ministerien“, so Albig.

Die Änderungen im Einzelnen

Berufliche Bildung: Um eine bessere Verzahnung von Schule und Beruf zu erreichen, wurden die schulische Bildung und die berufliche Bildung im Ministerium für Schule und Berufsbildung (MSB) zusammengefasst.

Wissenschaftsabteilung: Die Wissenschaftsabteilung, die seit 2012 zum Bildungsministerium gehörte, geht in das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung (MSGWG) über. Die Landesregierung vermeidet so von vornherein Interessenkonflikte, die sich daraus ergeben könnten, dass die neue Bildungsministerin mit dem Vorstandsvorsitzenden des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein

(UKSH) verschwächt ist. Das Klinikum gehört in die Zuständigkeit der Hochschulabteilung. Durch die Verlagerung der Aufsicht über das UKSH ins Gesundheitsministerium ergeben sich zudem Vorteile bei der Abstimmung mit dem Gesundheitsbereich.

Meeresforschung: Die Landesregierung will die Meeresforschung in Schleswig-Holstein neu aufstellen. Die Zuständigkeit für das „Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung“ sowie das „Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung Geomar“, die bisher vom Wissenschaftsministerium wahrgenommen wurde, wird in das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie (MWAVT) verlagert. Dieses ist bereits für die maritime Politik des Landes und die Landesinitiative „Zukunft Meer“ verantwortlich.

Landesvertretung Berlin: Mit dem Übergang von der Zuständigkeit für Bundesangelegenheiten von der Staatskanzlei auf das Innenministerium ist die Landesvertretung Schleswig-Holstein in Berlin künftig Teil des Ministeriums für Inneres und Bundesangelegenheiten (MIB). Durch die alleinige Zuständigkeit des neuen Bevollmächtigten beim Bund, Staatssekretär Ralph-Müller-Beck, für Bundesangelegenheiten wird die Vertretung schleswig-holsteinischer Interessen in der Bundespolitik weiter gestärkt.

Koordinierung: Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, das Ministerium für Schule und Berufsbildung und das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung werden sich künftig an Schnittstellen wie Schule-Wirtschaft-Beruf, Forschung-Wissenschaft und Wirtschaft-Wissenschaft eng abstimmen.

Zeitplan: Die neue Geschäftsverteilung tritt am 1. November in Kraft. Die neuen Bezeichnungen für die Ministerien gelten bereits seit dem 16. und 26. September. Der Übergang der Aufgabe aus der Wissenschaftsabteilung „Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung Geomar“ tritt zum 1. Januar 2015 in Kraft.